

Bochumer Studenten Zeitung

Jahrgang 1 / 1967

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität

Nr. 8 / 26. Juni 1967

Tragik

Prometheus, an den Felsen geschmiedet, kann es dennoch nicht lassen, den Göttern zu fluchen. Schuldig-unschuldig ist der draufgängerische Selbstmädeman in seine peinliche Lage geraten — Paradebeispiel für das, was Oberlehrer Tragik oder Tragödie nennen.

Als Goethe dem Feuerbringer ein Gedicht widmete, wurde Prometheus der Held des aufstrebenden Bürgertums. Ging der Bürger noch so zielbewußt vor, das Recht auf Tragik wollte er sich nicht nehmen lassen. In der Anerkennung von möglicher Schuld und von Verhängnis fand er seine Grenzen.

Spricht man aber heute von Tragik, so scheint dafür keine Legitimation mehr zu bestehen. Gab es in Stalingrad Tragik? Haben sich in Auschwitz und Bergen-Belsen Tragödien abgespielt? Hatte Anne Frank, wie Schillers Maria Stuart, noch Zeit, ihr Schicksal anzunehmen?

Das Individuum hat nicht mehr die — wenn auch nur in der Ideologie postulierte — Autonomie des 19. Jahrhunderts. Die Behauptung von „Tragik“ dient oft nur der Verschleiierung; zur Bewältigung von Vergangenheit ist sie nicht tauglich.

Aber auch der Vietnam-Krieg ist nicht „tragisch“. Und den Tod von Benno Ohnesorg kann man wahrhaftig nicht zur Tragödie stilisieren. Er ist Wahnsinn, gegen den man nicht nachdrücklich genug protestieren kann.

Merke: Die Tragödie nimmt die Leiden der Menschen häufig auf die leichte Achsel. (Brecht) Ulrich Kurowski

„Dieses kann uns nicht beruhigen“

BOCHUM. (BSZ) — Anlässlich der Vorfälle in Berlin am 2. Juni und des Toterschlags an dem Studenten Benno Ohnesorg, fanden auch in Bochum am 7. Juni eine Kundgebung und ein Trauermarsch statt, an dem sich mehr als 1500 Studierende beteiligten. Zu den Teilnehmern sprach das Mitglied des Konvents der FU Berlin, Roswitha Pfaffenberger. Während der Trauerfeier am 8. Juni in der Mensa, zu der rund 800 Ruhr-Studenten erschienen, erklärte der Vorsitzende der Studentenschaft, Ermrich, u. a.:

„Es kann uns nicht beruhigen, wenn dieser Tod so viele Menschen in diesem Lande bewegt hat und die Mächtigen zur Rechtfertigung zwingt... Ich sage ganz offen, daß wir verpflichtet sind, uns davon zu überzeugen, daß der ungerechte Zufall seine Gründe in den Menschen hat und in den Zuständen, die sie schaffen und die sie zulassen.“ Der Rektor der Ruhr-Universität Magnifizenz D. Greeven, sagte in seiner Ansprache u. a.: „Ich selbst jedenfalls habe mich zu fragen, ob ich mich ausreichend bemüht habe, die Fragen und Proteste der Jungen in ihrem Kern zu verstehen, ob ich sie nicht zu schnell als jugendliches Gären abgetan habe, ob ich bereit war, Kritik anzunehmen, und wenn ich sie als ungerechtfertigt ansah, mit den Kritikern Kontakt zu halten und zu versuchen, ihre Einsicht zu gewinnen. Einander mit Geduld zu begegnen, das würde fast das Entscheidende in diesem Konflikt zwischen jung und alt sein.“

Dortmunder Strukturplan im Herbst

DORTMUND. (dpa) Der endgültige Strukturplan der Universität Dortmund wird im Herbst veröffentlicht. Der nordrhein-westfälische Kultusminister Fritz Holthoff kündigte beim Richtfest für das in zwölfmonatiger Bauzeit entstandene Aufbau- und Verfügungszenrum der zweiten Ruhrgebietsuniversität an, daß die Hochschule nicht in Fakultäten sondern in zwölf Abteilungen gegliedert werde.

In dem Aufbauzentrum, das Kosten von rund 29 Millionen Mark verursacht, werden vom Wintersemester 1968/69 an etwa 600 Studenten studieren können. Erste Berufungsverhandlungen zur Besetzung der geplanten 22 Lehrstühle werden in Kürze beginnen.

Der Gründungsausschuß hat den Strukturplan im Hinblick auf die erwünschte enge Zusammenarbeit mit der Ruhr-Universität Bochum noch einmal überprüft. Daraus ergab sich, daß in Dortmund unter anderem Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Raumplanung und Städtebau gelehrt werden sollen. Außerdem sind drei Institute für Unternehmensführung und für internationale technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit vorgesehen.



Einige Kommentatoren sprachen angesichts der aus allen Teilen der Bundesrepublik versammelten Studenten in Hannover, des Schweigemarsches durch die Stadt und des Studentenkongresses in der Niedersachshalle von einem neuen „Wartburgfest“.

BSZ-Bild

Zum Schweigemarsch nach Hannover kamen sie alle

Manche Bochumer Professoren ließen Klausuren schreiben, andere hielten Vorlesungen, Übungen und Seminare ab. Dennoch fuhren wohl 100 Ruhrstudenten am Abend des 8. und am Morgen des 9. Juni in Privatwagen nach Hannover, um mit einem Schweigemarsch ihres erschossenen Berliner Kommilitonen Benno Ohnesorg zu gedenken.

Schon bei der Autobahnausfahrt Hannover wurden die ankommenden Wagen von Studenten der TH empfangen, die den Weg zum Sammelpunkt wiesen. Von dort wurden die Demonstrationsteilnehmer in Bussen zur Technischen Hochschule, dem Ausgangspunkt des Schweigemarsches gefahren. In der Mensa konnte man Mittag essen. Es gab einen Eintopf, der uns Bochumer sofort heimisch fühlen ließ. Kurz, die Organisation war vorbildlich.

Nach dem Essen versammelten sich alle in einer Allee zum Abmarsch. Eine Unzahl Flugblätter wurde verteilt. Berliner Extra-Blätter mit der Balkenüberschrift „Abtreten“, die sich an die Adresse des Regierenden Bürgermeisters von Berlin richteten, wanderten von Hand zu Hand. Gegen 14.30 Uhr formierten sich die fast 10 000 Studenten zu einem kilometerlangen Trauerzug. Dem Wunsch der Veranstalter entsprechend wurden keine provokanten Transparente, sondern nur schwarze Fahnen und Trauerplakate im Zug mitgeführt. An der Spitze marschierte der ASTA der Freien Universität Berlin.

Schweigend bewegte sich der in Dreierreihen formierte Zug durch Hannover; viele der Demonstranten trugen Trauerkleidung. Die Polizei sperrte den Straßenverkehr aus den Nebenstraßen ab, sonst hielt sie sich fern. Vor dem Abmarsch gaben sich Hannovers Polizisten gelassen. Ein Berliner Extra-Blatt in der Hand, posierten sie lachend den Kameras der Presse.

Die Demonstranten wurden dann auch in keine Zwischenfälle verwickelt. So ruhig und diszipliniert zogen sie durch die Innenstadt, daß der Polizeipräsident gar ein Danktelegramm an die Veranstalter sandte. Wer in Hannover mitmarschierte, dem sind die Ausschreitungen von Berlin noch viel unfaßbarer.

Doch das liegt wohl auch an der Bevölkerung. Hannovers Bürger, die die Straßen säumten, zeigten jene Gelassenheit, die man an den Niedersachsen so besonders rühmt. Nur selten provozierten sie die Marschierenden. Wohl kurbelte ein Mercedesfahrer seine Seitenscheibe herunter und ließ Marschmusik aus seinem Autoradio ertönen, als er vorbeifuhr, aber solche Rüpeleien blieben Ausnahmen.

Doch gleichzeitig spiegelte sich nicht gerade Verständnis für das Anliegen der

Studenten auf den Gesichtern der Passanten. Und auch die wenigen Äußerungen, die ich aufschreiben konnte, zeugen nicht davon. „Ausländer, alles Ausländer!“ ereiferte sich eine alte Dame. Besser als sie kann man das Verhältnis der meisten Deutschen zu ihren demonstrierenden Studenten wohl schwerlich charakterisieren. Und so mag ihr Anspruch stellvertretend für alle abfälligen und sarkastischen, herablassenden und zornigen Kommentare stehen, die letztlich nur von einem tiefen Unverständnis Zeugnis ablegen.

Was macht nun diesen 9. Juni, diesen Freitag von Hannover zu einem besonderen Tag? War es das studentische Linkseingemengte, daß sich am Abend in der Sporthalle offenbarte, als mit Professor Abendroth und Erich Kuby zwei Vertreter der „heimatlosen Linken“ frenetisch bejubelt wurden? Nein, ich glaube, das ungeheuer neue war das Gefühl der Solidarität, das in Hannover Studenten über alle weltanschaulichen Barrieren hinweg verband.

10 000 Studenten, viele von ihnen unter großen Opfern an Zeit und Geld von weither angereist, betrauert den Tod eines Kommilitonen, der von weiten Kreisen der Gesellschaft nur mit leisem Unbehagen, oft sogar mit Genugtuung zur Kenntnis genommen worden war. Sie demonstrierten aber auch für Freiheit und Demokratie, für die wohl sonst kaum ein Deutscher auf die Straße ginge.

Ein anderer Kommentar, den man oft am Straßenrand hören konnte, war der folgende: „Die sind ja blöde, das hat doch keinen Sinn.“ Ein ernstzunehmender Einwand, denn zu oft bleiben studentische Demonstrationen reine Selbstbefriedigung.

Aber vielleicht haben Hannovers Bürger angesichts der Disziplin und des Ernstes des Trauermarsches einmal darüber nachgedacht, ob hier wirklich rote Krakeeler, blutrünstige Anarchisten und was sonst noch an Geschöpfen unsern Monopolblättern entspringt ihr Unwesen treiben.

Wenn auch nur einige von den Männern auf den Baugerüsten oder von den Frisuren vor ihren Geschäften, von den Hausfrauen hinter Küchengardinen oder von den Rentnern auf den Parkbänken, die die Studenten vorüberziehen sahen, begonnen haben an den Klischeevorstellungen einer hysterischen Presse und einer denkfaulen Gesellschaft zu zweifeln, dann hat diese Demonstration einen Erfolg gehabt. Dann haben die Demonstranten ihrem erschossenen Kommilitonen einen letzten Dienst erwiesen, der wertvoller ist als alle pathetischsten Flugblätter.

B. G. Westermann

Wahlkampf hinter den Kulissen: Die Höflichkeit passé

BOCHUM. (BSZ) — Die Westdeutsche Allgemeine Zeitung schrieb, an der Ruhr-Universität „tobt“ der Wahlkampf zum Studentenparlament (11.—14. Juli). Allerdings wurden die Auseinandersetzungen bis letzte Woche noch hinter den Kulissen ausgetragen.

Die Meldefrist beim Wahlausschuß lief am 23. Juni aus. Bis Redaktionsschluß war bekannt, daß sich sieben Listen der Wahl stellen und ihre Kandidaten ins Parlament entsenden werden. Es sind dies der alphabetischen Reihenfolge nach: „Action Bochumer Studentenschaft“ (ABS), „Liste unabhängiger Studentenverbindungen“ (LUST), „Ring Christlich-Demokratischer Studenten“ (RCDS), „Sozialdemokratischer Hochschulbund“ (SHB), „Sozialistischer Deutscher Studentenbund“ (SDS), „Wahlgemeinschaft Unabhängiger Studenten e. V.“ (WUS) sowie eine Liste von Wirtschaftsstudenten. Außerdem wählt das Klinikum Essen schon mit. Einen Vorgeschmack auf das womöglich Kommende gab die letzte Versammlung der Fachausschüsse, als die während der Trauerfeier zum Tode von Benno Ohnesorg neu gewählten Sprecher der Wirtschaftswissenschaftler (und gleichzeitige Kandidaten) geschickt den Vorstand unter Druck zu setzen versuchten.

Das Thema ASTA ist seit eh und je beliebtestes Kampffeld; zumal in Bochum, wo sich die bisherigen Vorstandsmitglieder der ABS angeschlossen haben. Die Fronten klären sich offenbar nach einer langen Periode gegenseitiger Höflichkeit.

Die Wahlordnung wurde endgültig am 20. Juni verabschiedet. Lange Debatten gab es an diesem Abend auch um die Besetzung des Wahlausschusses und die Modalitäten der Wahldurchführung, da die Zeit drängt.

Statistik

BOCHUM. (BSZ) Von den 4707 ordentlichen Studierenden des SS 1967 gehören 1334 der Abteilung V (Philologie) an, 1122 haben Wirtschaftswissenschaften gewählt und 812 studieren Rechtswissenschaft.

Die Masse der Studenten, 3144, bilden Erst- bis Viersemestrig. Immerhin ist die Tatsache zu registrieren, daß angesichts der allgemeinen befristeten Studiendauer 466 Studierende, fast 10 Prozent, schon im 11. und höheren Semester sind. (Eine Statistik nach Hauptfach und Fachsemester im Innenteil).

Viele Probleme unentschieden

BOCHUM. (BSZ) — Die Studentenschaft steht kurz vor den Wahlen zum Studentenparlament und nach zweijähriger Arbeit immer noch vor einer Reihe ungelöster, wiewohl entscheidender Probleme.

● Vor allem ist es bisher noch nicht gelungen, mit dem Kultusministerium eine endgültige Festsetzung der Beiträge für den Vorstand, das Parlament, das Studentenwerk und sonstige allgemeine Aufgaben festzulegen. Da es in Nordrhein-Westfalen als ziemlich einzigem Bundesland bislang noch kein ausreichendes Hochschulgesetz gibt, steht die ganze Studentenschaft in ihrer verfaßten Organisation auf schwachen Beinen.

Für die Regierung und eine konservative Professorenschaft ist der Weg über die Finanzen ein gern benutztes Mittel, um die Stellung und den Einfluß der gesamten Studentenschaft zu mindern.

● In der vorläufigen Fassung sind die Vorstellungen der Studentenvertreter über ihre Befugnisse und ihren Einfluß auf den Gang der Geschäfte der Universität nur mangelhaft berücksichtigt. Eine Aufnahme der Beratungen steht noch bevor. Außerdem haben der Vorstand und die FVV sich bemüht, nach und nach in den wichtigsten akademischen Gremien Sitz und Stimme zu erhalten.

● Im Hauptförderungsausschuß für die Vergabe der Stipendien sind die Maßstäbe für Bedürftigkeit heftig umstritten. Die Studentenvertreter haben sich erst kürzlich gegen die Benachteiligung von verheirateten Studierenden und Studenten des zweiten Bildungsweges gewandt.

● In den eigenen Reihen der Studentenschaft und der FVV ist die bestehende

Ordnung immer wieder umkämpft, oft aus Uninformiertheit und Intransigenz neuer Studentenvertreter. So hat jetzt eine Gruppe von Studenten beim Verwaltungsgericht Gelsenkirchen beantragt, die Urabstimmung über die Satzung der Studentenschaft für ungültig zu erklären...

Professoren sind sauer

BOCHUM. (BSZ) — 40 Professoren der Naturwissenschaften und Medizin sowie der Ingenieurwissenschaften haben in einem Schreiben an die Regierung und den Landtag von Nordrhein-Westfalen auf die äußerst mißliche Lage ihrer Disziplinen hingewiesen.

Nach dem Stand der Dinge, dem bisherigen Aufbautempo der Ruhr-Universität und den jüngsten Haushaltsfestlegungen erscheint der geplante Vorlesungsbeginn zum Wintersemester 1969 gefährdet. Die wissenschaftliche Kapazität der zum Teil außerhalb des Querburger Campus arbeitenden Professoren liegt brach, und die Medizin drohe nach den bisherigen Plänen in Bochum drittklassig zu bleiben.

Diese Flucht in die Öffentlichkeit und die Drohung mit Abwanderung waren ein berechneter Schritt, um den Kulturausschuß des Landtages, der am 21. Juni in Bochum tagte, erneut auf Bochum zu verpflichten. Staatshochbauamt und Regierung bekräftigten daraufhin alte Zusagen.

Übrigens wird Prof. Schnur (Politische Wissenschaft) am 28. Juni um 18 Uhr im Hörsaal B II über „Planung in der Hochschulpolitik (am Beispiel der Ruhr-Universität)“ sprechen!



Durst lösch man mit Schlegel



Die Diskussion

Ein Gespenst geht um an den Hochschulen, das Gespenst studentischer Rebellion gegen die Universität, im Grunde gegen die etablierte Gesellschaft. Nennen wir an dieser Stelle vor allem die Vorgänge in Argentinien, Belgien, Indonesien, Großbritannien, Spanien, Korea, Mexiko, USA (im besonderen Berkeley), neuerdings in der Bundesrepublik. Mich überrascht die Überraschung ein wenig. Sind diese Erscheinungen im eigentlichen doch nicht so überraschend und auch nicht so neu.

Das Arbeitsprinzip der Universität — ja ihr Wesensmerkmal schlechthin — ist das vorurteilsfreie, an objektiven Kriterien orientierte immer neue Fragen nach der Wahrheit. Darin hat die Lehre an der Universität ihren Grund. Jede anders gegründete Lehre wäre lediglich Ausbildung, nicht zugleich Bildung im weitesten Sinne des Wortes.

Die Universität als Ort bloßer Ausbildung wäre eine Anstalt, in ihren Zielen und ihrem Wirken streng begrenzt. Der Student wäre nur Wissensempfänger, letztlich Objekt einer Wissen vermittelnden Einrichtung. Dazu aber würden Fachschulen ausreichen. Gemeint ist mit Bildung die freie, freiwillige Bildung des Menschen im Rahmen der Möglichkeiten, die die Universität bietet, nicht Erziehung. Man kann ausgebildet, erzogen werden, nicht aber in diesem passiven Sinne gebildet werden.

Diese Universität als Ort der Ausbildung und Bildung ist ein Forum der Meinungen, ein Markt der Ideen, wie es Professor Biedenkopf formuliert hat, ein Ort des Fragens und der Diskussion und letztlich damit eine Heimat für Rebellen, derer also, die in Frage stellen.

Die Universität war und ist dieser Ort des In-Frage-Stellens nicht nur des Fachlichen — das wäre nur Ausbildung —, sondern einer generellen In-Frage-Stellung — als Form der Bildung — auch der Gesellschaftsordnung, auch des Staatsverhaltens, ja der Institution der Universität selbst.

HEIMAT FÜR REBELLEN Klaus Kübler

Das gehört zum Wesen und zur Freiheit der Universität und das beinhaltet das Grundrecht der Freiheit von Forschung und Lehre, das die Lehrenden und Lernenden zusteht.

Die Universität kennt deshalb keine Konformität, keine Konfliktlosigkeit, keine Tabus. Sie darf weder sich selbst noch der Gesellschaft gegenüber bequem sein. Der Student hat das Recht, an den Hochschulen das Abenteuer der Wissenschaft kennenzulernen und dabei weitere Abenteuer zu bestehen. Wo gibt es einen geeigneteren Ort dafür? Wo gibt es sonst noch die Voraussetzungen, die an Hochschulen die Abenteuer als Bildung bestehen lassen?

Die Universität ist aus ihrer Aufgabe der Ausbildung und Bildung heraus der genuine Ort des Kritischen, des In-Frage-Stellens, des Öffnetseins und der Offenheit, des Wechselns und Wandels, des weiten Spektrums der Meinungen, auch der Platz für eigenwillige und radikale Studenten, für unbequeme geistige Rebellen, für Minoritäten, für Schwärmer und Utopisten. Hierin liegt etwas von ihrem Außergewöhnlichen.

Ich rede hier nicht dafür, die Universität den Extremisten als freie Wildbahn zu öffnen, sondern die Universität als Ort des institutionalisierten In-Frage-Stellens der studentischen Jugend auch dafür anzubieten, daß sie als Jugend nun einmal zum Protest gestimmt ist, zu einem Protest gegen die in ihrer Sicht erstarrte Welt der Erwachsenen, daß sie als Jugend in Opposition zum „establishment“ steht, daß sie als Jugend ihren Standort im Gegensatz zum Bestehenden sucht, daß sie ihr Unbehagen an der Gesellschaft vorträgt.

Hierin liegt auch die Ursache für die Spannungen der Bevölkerung. Ziel dieser Jugend ist es oftmals weniger einen Platz in der Gesellschaft zu erringen, als vielmehr eine Gesellschaft zu schaffen, in der es sich lohne, einen Platz zu haben. Diese natürliche Unruhe der jungen Generation ist nicht negativ.

Ist die Universität aber von dieser Art, so entsprechen dem unabdingbare Voraussetzungen. Zum ersten die Beobachtung der Verfassung, zum zweiten die Toleranz gegenüber dem Andersdenkenden und dem dritten die Form des In-Frage-Stellens. Diese Form kann nur eine geistige sein, die der Argumentation, der Überzeugung.

Die Universität ist der Ort der Köpfe, nicht der Fäuste — ganz abgesehen davon, daß Gewalt kein Mittel demokratischer Auseinandersetzungen ist.

Noch nicht zu übersehen sind die Auswirkungen der jüngsten Demonstrationen

BERLIN/BONN (dpa) — Die juristischen und hochschulpolitischen Konsequenzen der studentischen Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien in Berlin und anderen Hochschulorten sind noch nicht zu übersehen. In Berlin hat sich der parlamentarische Untersuchungsausschuss konstituiert, der die Vorfälle untersuchen soll, bei denen der Student Benno Ohnesorg getötet wurde. Die Ermittlungen der Justizbehörden werden von zwölf Staatsanwälten geführt. 34 Verfahren gegen Demonstranten oder Polizeibeamte wurden eingeleitet. Außerdem sind 74 Verfahren wegen Beleidigung im Zusammenhang mit den Vorfällen anhängig. Bei der Staatsanwaltschaft gehen täglich neue Strafanzeigen sowohl gegen Demonstranten wie gegen Polizeibeamte ein. Gegen den in Untersuchungshaft sitzenden Studenten Fritz Teufel und einen zweiten Beschuldigten ist Anklage wegen Aufforderung zu einem Verbrechen der schweren Brandstiftung erhoben worden. Außerdem wird Teufel Landesfriedensbruch vorgeworfen. Sein Antrag auf Haftverschonung wurde abgelehnt, weil Fluchtgefahr bestehe.

Während in Berlin die oppositionelle Minderheit unter den Studenten weiter demonstriert — eine vom AstA der FU organisierte Demonstration von fast 400 Studenten verlief ohne Zwischenfälle und auch eine Diskussion von mehr als 2000 Professoren und Studenten an der FU über die Situation der oppositionellen Minderheit blieb ruhig — mehrten sich die Versuche, das gestörte Verhältnis zwischen Studenten, Öffentlichkeit und Polizei zu bereinigen. Schon während und auch nach den Gedenkfeiern für den getöteten Studenten wurden viele mäßige Äußerungen aus den deutschen Hochschulorten bekannt. Das Präsidium der SPD diskutierte mehrere Stunden lang mit den Vorsitzenden aller Allgemeinen Studentenausschüsse und vereinbarte weitere Kontakte. Das SPD-Präsidium will das Ergebnis seiner weiteren Beratungen dem Landesverband der SPD in Berlin unterbreiten, dem der Regierende Bürgermeister Heinrich Albertz angehört, dem die Studenten einen großen Teil der Schuld an den schweren Zwischenfällen zurechnen und dessen Äußerungen über die politische Haltung der Studentenschaft und das Demonstrationsrecht nicht nur von den Studenten kritisiert worden sind.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt ist den Studenten nach Angaben von deren Seiten mit der Erklärung entgegengekommen, die SPD habe sich zu keiner Zeit mit den Äußerungen von Albertz identifiziert.

Hamburg und Göttingen

In Hamburg haben der Hamburger Innensenator Heinz Ruhnau und der AstA der Universität gemeinsam ihre Bereitschaft erklärt, künftig vor Demonstrationen über deren Form und Maß zu diskutieren.

In Göttingen bildeten Studenten von vier Hochschulbünden verschiedener Parteirichtungen eine Aktion politischer Studenten. Sie will gemeinsam mit den politischen Hochschulgruppen die gesellschaftspolitischen und hochschulpolitischen Hintergründe der Vorfälle untersuchen und strebt Gespräche mit den studentischen Verbindungen an, die der studentischen Aktivität nach den Berliner Ereignissen reserviert gegenüberstehen.

Streitobjekt SDS

Die von diesen Vorgängen überschattete Auseinandersetzung zwischen dem Senat und dem Konvent der Freien Universität in Berlin über die Förderungswürdigkeit des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) ist noch nicht beendet. Der Konvent wird demnächst darüber beraten, wie die Absicht des akademischen Senats zunichte gemacht werden kann, dem SDS die Förderungswürdigkeit abzuerkennen. Diese Absicht hatte der Senat am 31. Mai geäußert, nachdem die oppositionelle Demonstrationsfreudigkeit des SDS bei einem Teil der Professoren und der Berliner Öffentlichkeit seit geraumer Zeit steigenden Unwillen erregt hatte. Den gegen diesen Beschluß geplanten Protest in einer vom Konvent einberufenen Versammlung hat der Berliner Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, als auf-

sichtsführende Behörde zu verhindern gesucht, indem er den Konventsbeschluß über die Protestversammlung aufhob. Auf die dagegen gerichtete Klage des Konvents vorsitzenden, die aufschiebende Wirkung gehabt hätte, hatte der Senator mit einem Verbot der Versammlung geantwortet. Das daraufhin vom Konvent angerufene Berliner Verwaltungsgericht hatte zugunsten des Konvents entschieden. In



Den Kundgebungsteilnehmern schilderte Roswitha Pfaffenberger, Mitglied des Konvents an der FU Berlin, den „Schwarzen Freitag“ der Studenten aus erster Hand. BSZ-Bild

der damit möglich gewordenen Versammlung des Konvents wurde die Förderungswürdigkeit des SDS jedoch nicht behandelt, weil inzwischen die Demonstrationen und der Tod des Studenten zum einzigen Thema geworden waren. Mit einer raschen Entscheidung wird nicht gerechnet, weil zunächst geprüft werden muß, welche rechtlichen Grundlagen die Förderung hat und ob es sich nicht etwa bei der Förderungswürdigkeit um einen einseitig feststellbaren Tatbestand handelt, über den der Senat rechtsverbindlich allein entscheiden kann. Man rechnet damit, daß die ruhigere Atmosphäre einen Kompromiß ermöglicht.

Initiative der Parteien

Politische Beobachter in Bonn werten die Initiative der SPD — das Präsidium hatte die Vertreter der Studentenschaft zu dem Gespräch eingeladen — als Ausdruck eines verstärkten Werbens der Parteien um die Studenten. Schon vor einigen Tagen hatte die SPD beschlossen, mit dem sozialdemokratischen Hochschulbund enger zusammenzuarbeiten. Auch Abgeordnete der CDU/CSU wollen in den nächsten Wochen mit den Vertretern der Studenten sprechen.

Der Vorsitzende der Fachabteilung Polizei in der Gewerkschaft ÖTV im Deutschen Gewerkschaftsbund, Heinrich Krüger, erklärte, Besonnenheit und

Vernunft auf beiden Seiten und die Bereitschaft, durch Gespräche die Spannung zu beseitigen, seien die einzigen Mittel, auch für die Zukunft geordnete Verhältnisse zu schaffen. Krüger wies darauf hin, daß die Polizei nur von einem Teil der Studenten ständig diskriminiert werde und erbat den Schutz der Öffentlichkeit und der politischen Stellen vor dieser Diskriminierung.

Polizei: bedingt demonstreationsbereit
Der Berliner Polizeipräsident hat erklärt, daß die Polizei Studenten grundsätzlich nicht daran hindern werde, als einzelne Fußgänger Plakate mit politischem Text zu tragen und in Kraftwagen zu fahren, die mit Plakaten beklebt sind.

Unter Berufung auf diese Erklärung hat das Berliner Oberverwaltungsgericht die Forderung mehrerer Studenten abgelehnt, dem Polizeipräsidenten zu untersagen, eine derartige politische Meinungsäußerung zu verhindern. Der beantragte Erlaß einer einstweiligen An-

ordnung sei deswegen überflüssig. Das Gericht stellte fest, daß im Grundgesetz verankertes Grundrecht der freien Meinungsäußerung stehe dem Erlaß einer polizeilichen Verfügung nicht entgegen. Bei möglichen Störungen des Verkehrs auf öffentlichen Straßen könne die Polizei gegen plakattragende einzelne Personen einschreiten.

München: Konvent contra AstA
Im Zusammenhang mit den Ereignissen ist der AstA-Vorstand der Technischen Hochschule München zurückgetreten, weil der Studentenkonvent der TH dem AstA das Recht abgesprochen hatte, „über den hochschul- und bildungspolitischen Bereich hinaus auch für die Verwirklichung der Menschenrechte und für die demokratische Gesellschaftsordnung“ einzutreten. Die Kritik des Konvents hatte sich gegen ein vom AstA-Vorstand unterstütztes Flugblatt gerichtet, das die allgemeine Lage im Iran kritisierte.

HU kritisiert
Der Generalstaatsanwalt beim Westberliner Landgericht hat darauf hingewiesen, daß die gesamte Untersuchung im Verfahren gegen den Polizeibeamten Karl-Heinz Kurras, der den tödlichen Schuß abfeuerte, von ihm persönlich geleitet werde. Er antwortete damit der „Humanistischen Union“ in Berlin, die es als bedenklich bezeichnet hatte, daß Staatsanwalt Heinz Voigt die Untersuchungsgruppe leite. Voigt sei für die vor einigen Monaten erfolgte und vom Amtsgericht aufgehobene Beschlagnahme der Kartei des SDS verantwortlich gewesen.

Lehmer zurückgepfiffen
Der Senator für Wissenschaft und Kunst in Berlin, Prof. Dr. Werner Stein, hat in einer Erklärung bedauert, daß der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers in Berlin, Bundesminister a. D. Ernst Lehmer, in Verbindung mit seiner Kritik an radikalen Studenten, die zur Hilfe für den Vietkong aufgerufen hatten, die Freie Universität Berlin als Ganzes herabgesetzt habe.

Zu der Äußerung Lehmers, er könne nur noch von einer „sogenannten“ Freien Universität sprechen, sagte der Senator, die FU trage ihren Namen zu Recht. Da sie im Gegensatz zu den kommunistischen Hochschulen die Freiheit von Lehre und Forschung und die Meinungsfreiheit ihrer Mitglieder, unabhängig von staatlicher Einmischung, garantiere und praktiziere.

Die Meinungsbildung über die Vorfälle in Berlin — die Ansichten darüber sind in den Lehrkörpern der Hochschulen ebenfalls geteilt — wurde mit einer öffentlichen Diskussion über das Demonstrationsrecht fortgesetzt, die von der Internationalen Liga für Menschenrechte, der Humanistischen Union und dem AstA der Technischen Universität gemeinsam veranstaltet wird und an der prominente Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens teilnehmen.

(Bericht über weitere Maßnahmen des AstA der FU Seite 4: „Oberflächlich wieder Ruhe.“)

Genauer gesagt

Nicht mehr zu demonstrieren, habe ich mir vorgenommen. Ganz fest vorgenommen sogar. Nein, ich werde nie mehr protestieren. Die Zeit, in der ich noch demonstrierte, protestierte, rebellierte, ist vorbei. Ein für alle Mal. Die Zeit der Jugendtorheiten ist fast schon vergessen. Weit, sehr weit jedenfalls liegt sie schon zurück.

Ich möchte endlich erwachsen werden. Ich möchte endlich ein vollwertiges Mitglied unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft werden. (Sie hat es verdient!) Ich möchte endlich glauben und für wahr halten, was für wahr auch unsere Obrigkeiten für wahr halten. Ich möchte — selbst auf die Gefahr hin, daß es pervers klingt — Teil des Räderwerks, Glied der Maschinerie sein, die uns bewegt, die uns beherrscht. Ich möchte endlich Mensch sein.

Bisher bin ich immer dagegen gewesen. Ich bin gegen die Notstandsgesetzgebung gewesen. Zum Beispiel. Ich bin gegen die Vietnampolitik der USA gewesen. Ich bin gegen die Hallstein-Doktrin gewesen und gegen die in Bonn praktizierte Ostpolitik. Ich bin immer gegen irgendetwas gewesen. Aus Überzeugung? Aber nein, nur aus Prinzip.

Das ist jetzt anders. Jetzt bin ich überzeugt. Jetzt bin ich dafür. Jetzt bin ich für das, für das die Mehrheit ist. Jetzt endlich bin ich Demokrat. Ich passe mich an. Und das mußte ich erst lernen. Nach einem langwierigen, aufreibenden Prozeß habe ich mir selbst den Prozeß gemacht.

Ich habe gesehen, wie es einem ergehen kann, der demonstriert. Was einmal passiert ist, kann wieder geschehen. Und man braucht dabei nicht unbedingt an das Gesetz der Serie zu denken. Nein, ich möchte einfach nicht erschossen werden. Jedenfalls jetzt noch nicht. Wenn überhaupt, dann für höhere, für deutsche Ideale.

Und wenn nicht geschossen wird, so wird eben geprügelt. Gummiknüppel, von geschulten, trainierten Polizistenhänden zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Rechtsstaatlichkeit aus lockerem Handgelenk ge-

MONTAGSENTSCHLUSS Peter Martens

schwungen, tun weh. Verdammt weh sogar. Es ist ganz einfach nicht nach meinem Geschmack, festgehalten, eine nervige Polizeistaufschau, der Abwechslung halber, die spitze Schuhspitze eines — geheimen — Staatsschützers in meinem Unterleib zu spüren.

Und vor allen Dingen: wie sieht man hinterher aus! Die Jacke zerrissen, die Hose verschmutzt, das Auge blau zunächst, dann grünlich, später gelb. Ganz zu schweigen von den blauen (s. o.) Flecken, die malarisch auf weißem Körper verteilt sind. Und überhaupt. Ich will nicht, daß sich das Ohnesorg-Theater wiederholt. Daß ein Mensch auf diese Art und Weise von seinen Sorgen erlöst wird wie Benno Ohnesorg. Ich möchte — und darin kenne ich mich ganz genau — wirklich ohne Sorge leben.

So kam ich — unterstützt durch die einzig bildende deutsche Tageszeitung — endlich zur Einsicht. Und ich gestehe es fröhlich: ich habe gelernt, ich habe erkannt. Ich werde die Konsequenzen ziehen. Ganz konsequent.

Es ist ein wundersam erhebendes, gänzlich neues Gefühl, wissend zu sein, urplötzlich, so von einem Tag auf den anderen, zu dem erlauchten Kreis derer zu gehören, die — mir nichts, dir nichts — alles durchschauen. Und, älter geworden, werde ich nun jünger. Ein Montag war's, an dem ich mich entschloß. Nicht mehr wollte ich den linksradikalen, krawallmachenden und staatsgefährdenden Rowdies zugezählt werden. Der Verfassungsschutz wird über mich nicht mehr zu wachen brauchen. Ich habe mich entschlossen, ich bin entschlossen. Seit Montag.

Anderer Leute nehmen sich vor, ab Montag nicht mehr zu rauchen. Sie rauchen erst Dienstag wieder. Wieder andere wollen ab Montag studieren: doch nichts als ein unverbindlicher Flirt mit der eigenen Entschlußkraft.

Ich habe mich entschlossen, positiv zu sein. Am Montag habe ich mich entschlossen: ich will nicht mehr zu denen, die immer dagegen sind, gehören.

Dagegen will ich dafür sein.

Bistum zahlt Wucherpreise!

BOCHUM (BSZ) — Im Februar dieses Jahres gab es zwischen Studenten und Universität eine Auseinandersetzung um die Unterbringung katholischer Theologiestudenten im Staatlichen Wohnheim.

Nach Protesten der Heimbewohner wurden die Kommilitonen (55) in einem ehemaligen Lehrlingswohnheim des Bochumer Vereins untergebracht. Das Bistum Essen hat für dieses provisorische Konvikt an der Overdyker Straße 30 000 DM in die Renovierung investiert und bezahlt an Miete pro Monat anstandslos ca. 10 000 DM.

Der Vorstand der Studentenschaft und das Studentenwerk hatten damals ein anderes Wohnheim in Gerthe angeboten, das allen Wünschen entsprach, auch wenn es ebenfalls noch hätte renoviert werden müssen. Die Pacht dafür hätte lediglich 5000 DM gekostet.

War es Prof. Biedenkopf, der sich in die Vermittlung eingeschaltet hatte, und den Theologen zu unangenehm, das Angebot der protestierenden Partei anzunehmen?



Ein vierhundert Meter langer Demonstrationzug der Ruhr-Studenten bewegte sich am Mittwoch nach den Vorfällen in Berlin durch Bochums Innenstadt. Die Bevölkerung begriff es kaum. BSZ-Bild

KUNST & BÜCHER-SCHEUNE

... gleich hinter der Mensa

Kultur bei Tee und Gebäck

Seit Mitte Juni kann ein kulturbedürftiger und teetrinkender Student am Montag, Mittwoch und Freitag, jeweils von 17 bis 23 Uhr eine „Bleibe“ finden: in der Nähe der Universität (Bellenkamp 30) wurde die Querenburger „Teestube“ am 14. Juni eröffnet.

Studenten sind die Träger des Unternehmens, und studenten-adäquat sind auch die Preise. Für ein Glas friesischen, chinesischen oder Ceylon-Tees zahlt man — mit Zucker, Milch, Gebäck — 40 Pfennig.

Die Teestube beabsichtigt, zu einem kulturellen Forum Querenburgs zu werden. Kunstausstellungen wechseln einander ab. Zur Zeit sieht man Lithographien des Bochumer Malers Gölzenleuchter (für DM 10,— je Stück käuflich zu erwerben), der Jugoslawe Nikola Reiser folgt, später wird Arno Plog ausstellen. Auf dem Programm stehen weiterhin: ein Gitarrenkonzert, eine Dichterlesung im Juli, eine Tardieu-Aufführung.

Es ist sehr erfreulich, daß hier Studenten damit begonnen haben, für ihre Kommilitonen einen Rahmen zum Diskutieren zu schaffen. Es liegt nun an den Studenten selber, ob der (wie wir meinen) gute Gedanke des „kulturellen Zentrums“ Wirklichkeit wird (KFK)

Viel zu wenig Lehrer an den Hochschulen

BOHN. (dpa) — Bis 1971 müßten nach Schätzungen der Bundesregierung wenigstens 5500 junge Wissenschaftler durch Habilitation die Erlaubnis erwerben, an Universitäten Vorlesungen zu halten, um einen zu großen Mangel an Lehrkräften zu vermeiden. Nach Auskunft der Kultusminister werden sich jedoch in den nächsten Jahren nur etwa 700 junge Wissenschaftler habilitieren, so daß 1971 schon etwa 2000 Lehrkräfte an Hochschulen fehlen.

Mit diesen Angaben verband die Bundesregierung in einer schriftlichen Antwort auf eine kleine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion die Sorge, „daß bereits ab Mitte der 70er Jahre der Bedarf an Forschungspersonal, besonders auf einzelnen Gebieten der Natur- und Ingenieurwissenschaften, nicht mehr gedeckt werden kann“.

Die Regierung macht darauf aufmerksam, daß die Habilitation sich sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Fächer verteilt. Während in der Medizin die Zahl in einzelnen klinischen Fächern relativ groß ist, ist sie in anderen Fächern — gemessen am Bedarf — zu klein. Das gilt nach Angaben der Regierung beispielsweise für die Rechtswissenschaft, fast alle Disziplinen der philosophischen Fakultät und für einzelne Sparten der Naturwissenschaften.

Nach dem Bericht der Regierung hat sich die Zahl der Promotionen von 5006 im Jahre 1960/61 auf 5686 im Jahre 1963/64 erhöht. In den nächsten Jahren wird mit jährlich 5000 bis 6000 Promotionen gerechnet, von denen aber auch ein hoher Anteil auf die Medizin entfällt. 1963/64 gab es allein 2588 Promotionen in der Medizin.

Umfangreiches Material zur Personal- und Nachwuchslage an den wissenschaftlichen Hochschulen wird der „Bundesbericht Forschung II“ enthalten, der nach der Antwort der Regierung in Kürze vorgelegt werden soll.

Studentensport als Pflichtübung?

Unser Mitarbeiter fordert empirische Untersuchungen

Durch die jüngsten Resolutionen des Deutschen Sportbundes dürfte es weiterhin klargestellt sein, daß inzwischen auch der Bereich von Sport und Leibesübungen zum Komplex bundesrepublikanischer Notstände zu rechnen ist. Mit Blick auf den speziellen Bereich der Hochschulen fordert so der DSB u. a., durch Ergänzungen der Vorschläge des Wissenschaftsrates sei dem Sport an den Hochschulen eine angemessene Stellung zu sichern.

In diesem Zusammenhang verdient ein Aufsatz besondere Bedeutung, der vom Leiter des Bochumer Instituts für Leibesübungen in der Mainummer der Zeitschrift „Olympisches Feuer“ (S. 1 — 6) veröffentlicht wurde — Gedanken über „Leibesübungen und Sport in einer sich wandelnden Welt.“ Am Schluß des Aufsatzes wird ein umfangreicher Katalog brauchbarer und durchaus notwendiger Förderungsmaßnahmen für den modernen Sport in Deutschland aufgestellt. Jedoch muß ein Punkt daraus schärfstens kritisiert werden. Mit Blick auf den Bereich der Hochschule heißt es auf S. 6:

- „Wenn wir im akademischen Raum
- das mangelnde Interesse der Studentenschaft an sportlichen Übungen
- beklagen, dann sollten wir durch die
- Einführung eines sportlichen Wahlpflichtfaches dem entgegenwirken...“

Wenn hier „Studentenschaft“ als Masse der einzelnen Studierenden verstanden wird, dann erscheint ein Pflichtsport, gleich in welcher Form, als ein denkbar ungeeignetes Mittel, ein vielleicht tatsächlich vorhandenes Desinteresse zu beheben.

Durch die Zeitgeschichte ist der Begriff des Pflichtsports stärkstens vorbelastet; in jüngster Zeit tritt die Tendenz in den Vordergrund, den Sport zu einer Zwangsspiel im Dienst an der Volksgesundheit zu degradieren; dabei wird verkannt, daß Sport und Leibesübung eine der wahrhaft letzten Inseln individueller Freiheit sind und bleiben sollten.

Studentischer Pflichtsport wäre allenfalls im Bereich eines allgemeinverbindlichen Studium Generale anzusiedeln; das Studium Generale als Pflichtveranstaltung für alle Studierenden muß jedoch an den deutschen Hochschulen trotz mehrfacher Anläufe als endgültig gescheitert angesehen werden. Schließlich wurde auf mehreren Studienkonferenzen des Internationalen Hochschulsportverbandes jede Form studentischen Pflichtsports entschieden abgelehnt.

Mangelt es der Studentenschaft aber wirklich an sportlichen Interesse? Gesetzlich den Fall, dies stimmt, so sind die Gründe dafür wohl hauptsächlich im schulischen Bereich zu suchen. Die offen zugestandenen Mängel im Schulsport sind aber weniger quantitativ durch erhöhte Pflichtstundenzahlen als eher qualitativ durch einen besseren Unterricht zu beseitigen.

Das Interesse am Studentensport müßte sich nun aus einschlägigen Erfahrungen an den Hochschulen ablesen lassen. Man braucht aber nur zweimal jährlich die Vollversammlung des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes zu besuchen, um zu hören, es mangle keineswegs an einem sportlichen Interesse der Studenten, sondern an ausreichenden Übungsstätten, genügend Lehrkräften, auch an genügend freien Stunden, vorwiegend aber an den nötigen Finanzen, um die starke Nachfrage der Studenten nach sportlicher Betätigung nur annähernd befriedigen zu können.

Hier steht zunächst Aussage gegen Aussage. Die Richtigkeit der einen oder der anderen ließe sich erhärten durch eine gezielte Befragungsaktion. Mit ihr könnte festgestellt werden, ob nun tatsächlich die Studenten Sport treiben wollen oder nicht; wenn ja, so wäre zu fragen: welche Übungsarten sind gewünscht, wie oft in der Woche, wie lang und zu welchen Tageszeiten, mit welcher Intensität (Breiten- oder Leistungssport) in welchem Rahmen und in welcher Form (z. B. Verein, Verbindung oder freie Gruppe).

Weiterhin wäre zu fragen nach dem finanziellen Beitrag, den jeder einzelne zu leisten bereit wäre und man sollte schließlich auch nach der Zeit fragen, die maximal für An- und Abfahrten zugemutet werden könnte.

Fragen über Fragen, die sich noch differenzieren und vermehren ließen. Solche Fragen sind bisher nirgendwo gestellt, untersucht, geschweige denn hinreichend beantwortet worden. Daher die oben gestellte Forderung nach umfassender Befragung der Betroffenen, nämlich der Studierenden. Erst die Auswertung einer solchen Untersuchung kann die rechten Maßstäbe liefern über den Bedarf an Raum, Personal, Zeit und vor allem Finanzen für den Bereich des Hochschulsports.

Wäre diese Untersuchung nicht vorrangiger und lohnender als die Aufstellung von Forderungen, die auf bisher unzureichender Erfahrung beruhen? Daraus ergibt sich eine Gemeinschaftsaufgabe, an deren Lösung sich die Institute für Leibesübungen und die Studentenschaften gemeinsam beteiligen sollten — Studentenschaften diesmal verstanden als verfasste Studentenschaft, gleich Studentenparlamente und deren jeweilige Allgemeine Studentenausschüsse mit den ihnen zugehörigen studentischen Sportreferaten.

- Fazit: Solange die in diesem Artikel
- erhobenen Anregungen und Forderungen nicht in die Praxis umgesetzt
- und verwirklicht worden sind, muß
- man als betroffener Student jeden
- Versuch zur Einführung eines wie
- auch immer gearteten Pflichtsports
- entschieden ablehnen. (Kunibert)



Für BOCHUM ein Begriff

FIEGE PILS FIEGE EXPORT



Minister Dr. Heinemann (links), SHB-Chef Breland (Mitte) und Oberlandesgerichtsrat Dr. Froese (rechts). Foto: WAZ

Justizminister über Strafgesetz

Auf Einladung des Sozialistischen Hochschulbundes (Vorsitzer: stud. iur. Breland) und der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen (Vorsitzer: OLG-Rat Dr. Froese) erläuterte Bundesjustizminister Dr. Heinemann am 9. Juni 1967 im überfüllten Hörsaal B II der Ruhr-Universität den Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches (kurz „E 62“ genannt). Der Minister gab einen knappen, aber präzisen Überblick über Probleme, Fragen und Problematik des Entwurfs.

Vor allem für Nichtjuristen waren die Ausführungen aufschlußreich — wie sich aus privaten Gesprächen im Verlauf des Abends ergab. Dr. Heinemann verzichtete darauf, auf Theorienstreitigkeiten einzugehen. Erfreulicherweise tat er aber seine persönliche Meinung zu noch erörterungsbedürftigen Tatbeständen kund, so z. B. zu den (bisherigen) §§ 218, (Abtreibung), 173 (Ehebruch), 175 (Homosexualität unter Männern) und 180, 181 StGB (Kuppelei).

In der anschließenden Diskussion kam sozusagen jedemmann zu Wort. Bemerkenswert waren die Ausführungen von Dr. med. Dohrn (aus der Presse bekannter Chefarzt einer Privatklinik in Hamm) zur ärztlichen Sicht der mit Schwangerschaftsunterbrechungen verbundenen Fragen.

Schwieriger einzuordnen waren die Worte des Staatsanwaltes Plitt (Dortmund), der vor allem eine Erneuerung der Vorschriften über die Verbringung von Geisteskranken forderte — offenbar ohne zu berücksichtigen, daß diese Materie der Gesetzgebung der Länder unterliegt. Besonders überrascht aber mußte man sein über die Thesen des einladenden SHB, die Herr Breland vortrug. Aus einer Schrift der Humanistischen Union (München) verlas er zwei Feststellungen: 1) „Der Entwurf läßt den in der modernen Gesellschaft bestehenden Pluralismus ethischer Wertvorstellungen unberücksichtigt.“ 2) „Die Ergebnisse der empirischen Wissenschaften, insbesondere der Anthropologie, Psychologie, Psychiatrie und der Sozialwissenschaften sind in dem Entwurf nicht genügend berücksichtigt.“ Soweit mit der These zu 1) — wie in der Schrift der HU ausgeführt wird — die

sogenannte ethische Indikation, die einfache Homosexualität und die sogenannte heterologe Insemination als Straftatbestände in Frage gestellt werden, befindet man sich in guter Gesellschaft: Minister Heinemann teilt diese Bedenken.

Wenn aber gegen ein angeblich „scholastisches Naturrecht“ polemisiert wird, das dem E 62 innewohnen soll, so erscheint es fraglich, ob hier die rechtsphilosophischen Grundkenntnisse vorausgesetzt werden können, die für eine Diskussion dieser schwierigen Frage erforderlich sind.

Wieso die Ergebnisse der empirischen Wissenschaften unzureichend berücksichtigt wurden (so die These zu 2), bleibt unerfindlich. Man kann den „Mitstreitern im Recht“ nur empfehlen, die amtliche Begründung des E 62, die Sitzungsniederschriften mit Stellungnahmen bekannter Hochschullehrer oder den sogenannten Gegenentwurf der Strafrechtswissenschaftler gründlich zu studieren. Vielleicht wird dann das Urteil etwas sachlicher fundiert ausfallen. Alles in allem: ein aufschlußreicher Abend für Juristen und Nichtjuristen, der offenbar den einen oder anderen Teilnehmer veranlaßt hat, über das kommende Strafrecht etwas intensiver nachzudenken. Klaus Friedrich Kugler

BDV gegründet

BOCHUM. (BSZ) — Am 29. Mai 1967 hat sich an der Ruhr-Universität mit 60 Mitgliedern die Studentengruppe des Bundesverbandes Deutscher Volks- und Betriebswirte (BDV) konstituiert. Der BDV ist eine parteipolitisch nicht gebundene berufsständige Organisation der Volks- und Betriebswirte Deutschlands. Die Studentengruppe betrachtet es als ihre Aufgabe, durch ständigen Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis, sowie durch Studienberatung, Arbeitsgemeinschaften etc. den fachlichen Ausbildungsstand ihrer Mitglieder intensiv zu fördern. Darüber hinaus veranstaltet der BDV Vorträge, finanziell geförderte Studienreisen, fachliche Kurse, Betriebsbesichtigungen und bemüht sich in besonderem Maße um die Vermittlung von Praktikantenstellen.

Statistik nach Hauptstudienfächern und Fachsemestern vom 7. Juni 1967

Fächer	FACHSEMESTER															Ges.
	1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.	15.u.m.	
Ev. Theologie	8	22	19	6	7	3	5	5	8	4	9	2	4	3	1	106
Kath. Theologie	16	33	16	3	8		9	5	3	2	2	5	2		2	106
Philosophie	2	8	8	7	4		3	3	3	3	4	1	1		3	50
Pädagogik	7	9	13	14	7	8	6	5	4	2	7	1	2		2	87
Publizistik		1										1				2
Psychologie	52	74	70	24	14	8	24	6	9	2	11	3	2	2	3	304
Geschichte	10	28	23	11	8	3	10	6	11	4	15	6	10	4	7	156
Kunstgeschichte	1	6	6		2	2	2	1	1	2						23
Archäologie	1	1		1		1								1		6
Musikwissenschaft		3	1		1	2	1	1								9
Vgl. Sprachwissenschaft							1				1		1			3
Klass. Philologie	4	17	13	3	4	2	2	1	4	5	10	3	3	2	2	75
Germanistik	57	162	117	15	25	17	38	16	48	10	29	15	10	7	14	580
Anglistik	59	135	104	23	23	5	35	6	9	1	12	4	7		4	427
Romanistik	24	43	45	4	13	4	15	4	15	1	17	2	5	2	5	199
Slawistik	4	2	4		1	2		1	1		3		1			19
Sinologie		1	1	1		2			3	2	1	2		1		14
Japanologie		3	1	1	2		2	3	1				3	1		17
Rechtswissenschaft	137	229	188	47	80	30	58	7	16	7	2	6	1	1	3	812
Wirtschaftswissenschaft	168	260	245	106	81	40	50	27	23	24	22	18	28	13	17	1122
Soziologie	59	73	57	11	22	8	11	8	8	3	10	5	4	5	6	290
Polit. Wissenschaft	2	2	2		1	1										10
Mathematik	50	78	44	2	3	1	4		6		2	2	2	4	5	203
Physik	1	1							1							5
Geographie	7	6	5	5	4	3	1	3	6	3	2	3	3	1	4	56
Geologie																2
Chemie											2		2	2	1	7
Biologie									1				1			2
Leibesübungen	3	3	6		2									1		15
Gesamtsumme	672	1200	988	284	312	142	277	108	183	75	161	79	95	48	83	4707

... gleich neben der Mensa

IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER

463 BOCHUM-QUERENBURG

Lennerhofstraße 70 - Telefon 51 13 60

Nachrichten aus der Universität

Zu ordentlichen Professoren der Ruhr-Universität Bochum wurden ernannt: der a. o. Professor an der Universität Göttingen, Dr. Achim Trebst, Lehrstuhl für Biochemie der Pflanzen, der Privatdozent an der Technischen Hochschule Clausthal, Dr. Gerhard Bergmann, Lehrstuhl für Analytische Chemie.

Einen Ruf an die Ruhr-Universität Bochum erhielten:

Privatdozent Dr. Hanns Martin Schönfeld, Technische Hochschule Braunschweig, auf den Lehrstuhl für Wirtschaftswissenschaften, insb. Finanzierung und Kreditwirtschaft;

Privatdozent Dr. Thomas Oppermann, Universität Hamburg, auf den Lehrstuhl für Öffentliches Recht (Völker- und Staatsrecht);

Privatdozent Dr. Ulrich Broich, Universität Erlangen-Nürnberg, auf den Lehrstuhl für Anglistik;

Privatdozent Dr. Otto Sandrock, Universität Bonn, auf den Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Intern. Privatrecht und Rechtsvergleichung.

Eine bedeutende Bücher-Schenkung hat gemacht.

Dr. jur. Ferdinand Ziersch, Wuppertal, der Bibliothek des Kunstgeschichtlichen Instituts der Ruhr-Universität Bochum. Dr. Ziersch war Mitglied der Ankaufs-Kommission der Kunstsammlung Nordrhein-Westfalens sowie Verwaltungsratsmitglied des Kulturkreises im Bundesverband der Deutschen Industrie. Er war Gasthörer der Ruhr-Universität Bochum.

Oberflächlich wieder Ruhe

BERLIN. (BSZ) — Wie der allgemeine Studentenausschuss der Freien Universität mitteilte, „ist inzwischen oberflächlich wieder Ruhe eingeleitet. Der normale Vorlesungsbetrieb ist wieder aufgenommen worden, und die aktive Erregung der Studentenschaft ist durch politisches Bewußtsein ersetzt worden. Die besondere Frontstadtmentalität Berlins, die undemokratische Regierung, die intoleranten Parteien, die tendenziöse und unwahre Berichterstattung der Berliner Presse erschweren unsere Bemühungen.“

Es sind jedoch einige Komitees entstanden, die die Aufklärung für Ereignisse vor und nach dem 2. Juni betreiben:

Das Komitee zur Aufklärung des Todes von Benno Ohnesorg und der Polizeiausschreitungen hat eine Fotoausstellung organisiert, die der Identifizierung der Beteiligten dienen soll. Außerdem werden die zahlreichen Zeugnisaussagen gesammelt und zu einer detaillierten Darstellung der Ereignisse verarbeitet.

Das Pressekomitee bemüht sich, alle erreichbaren Zeitungen auszuwerten. Es sammelt auch alle herausgegebenen Flugblätter und Veröffentlichungen. Mit Presseauswertung beschäftigen sich außerdem auch Studenten des Otto-Suhr-Instituts und eine Gruppe von Germanistikstudenten.

Das Hochschulkomitee sorgt für die Durchführung von Veranstaltungen innerhalb der Universität und die laufende Information der Studentenschaft. Geplant sind Unterkomitees, die daran arbeiten, den sogenannten regulären Lehrbetrieb zu wissenschaftlichen.

Das Öffentlichkeitskomitee berät über die Durchführung von Veranstaltungen für die Berliner Bevölkerung.

Ein Dokumentationskomitee soll erarbeiten:

- eine kurze Schilderung der Ereignisse vom 2. und 3. Juni in Berlin,
- eine Aufstellung der Versammlungen, die im Zusammenhang mit der Erschießung B. Ohnesorgs an den Berliner Hochschulen und in der Bundesrepublik stattfanden,
- eine Aufstellung der Erklärungen von Studentenvertretungen, akademischen Gremien oder anderer Institutionen zu den Vorfällen,
- eine Sammlung der Erklärungen und Apologien der Berliner Behörden zu den Vorfällen.

wywiad
Schreibmaschinen
Billige Sonderangebote - Miete-Mietkauf
Bochum Südring 19 - Ruf 61423

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgegeben vom Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität. Vorsitzender: Roland Ermrich.

Redaktion: Ulrich Dröge (Stellvertr. Vors. für Öffentlichkeitsarbeit)

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstr. Nr. 66 (Ruhr-Universität). Tel. 51 18 55. Bankverbindung: Westfalenbank AG, Kto.-Nr. 906 859

Druck: Druckhaus Schürmann & Klagges, Bochum, Hans-Böckler-Straße 12-16, Ruf 6 47 46 - 48, Telex 0 825 514.



BSZ-Leser antworten

Nr. 7/67, preiswerter als „Bild“ und daher von jedermann zumindest gern erworben, enthält eine Fülle „brisanter“ Informationen und Meinungsäußerungen zu tatsächlichen und scheinbaren studentischen Problemen, von der Politik bis zum Petting. Es ist wirklich erstaunlich, wieviel sie auf vier Seiten zusammenbringen können.

Wichtiger Beitrag zu der durch den unverständlichen Tod des Kommilitonen Ohnesorg mit neuer Kraft entfachten Diskussion um das Verhältnis von Studentenschaft, Hochschule und Gesellschaft, ist neben anderem die eigene Meinungsäußerung des persönlichen Referenten des Rektors zu dem Problem des politischen Mandats der Studentenschaft.

Hat der Leser nach einigem Suchen endlich den Weg vorbei am wissenschaftlichen Eifenbeinturm und dem Gesang des vielschichtigen und vielseitigen Chores in die Vorhöfe der staatlichen Meinungsbildung gefunden, so bietet sich ihm eine scheinbar klar gegliederte Fassade dar: das allgemein-politische Mandat der Organe der Studentenschaft, getragen von den Säulen entsprechender Satzungsregelung, Vollversammlungsbeschluß, Urabstimmung und allgemein-politischer Wahl zur studentischen Vertretung.

Werden die architektonischen und musikalischen Bilder überdeckt, so enthält der erste Teil des Aufsatzes eine äußerst knappe aber dennoch annehmbare Stellungnahme zu der Frage des politischen Wirkens der Universität.

Zweifel tauchen nur auf bei genauerer Betrachtung der angeführten Begründung, die Universität sei Selbstverwaltungskörperschaft, kein verlängerter Arm des Staates, und somit selbstständig. So selbstverständlich ist die Selbstständigkeit einer Selbstverwaltungskörperschaft bei politischen Tätigkeiten nicht. Die Zweifel betreffen aber wohlgerneht nur die Rechtmäßigkeit des politischen Wirkens der Universität im Allgemeinen; zu Stellungnahmen in hochschulpolitischen Angelegenheiten ist sie jederzeit befugt. Auch ist es nicht möglich, den Professoren das Recht abzuspochen, einzeln oder in Gruppen ohne Bezug auf eine bestimmte Universität eigenverantwortlich ihre persönliche Meinung zu allgemeinen politischen Fragen zu veröffentlichen. Dem steht das Recht der freien Meinungsäußerung entgegen.

Aber ein allgemein-politisches Handeln der Universität als solche durch ihre verfassungsmäßigen Organe bleibt fraglich. Dem Vorwurf politischer Abstinenz kann auf andere Art und Weise begegnet werden.

Aber auch wenn man der Universität ein allgemein-politisches Wirken in Grenzen zugesteht, gilt das für die Gesamtkörperschaft Gesagte nicht ohne weiteres auch für die Studentenschaft als Gliedkörperschaft. Ohne Zweifel ist richtig, daß „die Schwierigkeit im Mandat“ liegt.

Dabei erscheint die Feststellung, daß die Organe der Studentenschaft nur mit dem ausdrücklichen Einverständnis der sie wählenden Studenten diese vertreten dürfen, da sonst Handeln ohne Vertretungsmacht vorliegt, als zweitrangig. Es wird nicht schwer sein, falls die Studenten diese Einwilligung überhaupt geben wollen, sich diese auf einem der von Dr. Kübler aufgezeigten Wege zu verschaffen.

Vorher ist aber zu klären, ob die Organe der Studentenschaft mit Einwilligung überhaupt allgemein-politisch für alle Studenten tätig werden können; was nicht im tatsächlichen sondern im rechtlichen Sinn zu verstehen ist. Hier ergeben sich die gleichen Zweifel, wie sie bereits oben geäußert wurden, für eine allgemein-politische Vertretung.

Gegen eine Tätigkeit auf hochschulpolitischem Gebiet ist nichts einzuwenden, da diese eng mit den Aufgaben der Organe der Studentenschaft verbunden ist. Faktisch werden die einzelnen Studenten auch ohne ausdrückliche Einwilligung auf diesem Gebiet durch die Organe der Studentenschaft vertreten, und profitieren davon.

Die allgemein-politische Vertretung liegt aber nicht im Aufgabenbereich der Organe der Studentenschaft! Die Abgrenzung ist auch keineswegs so schwierig, wie Herr Dr. Kübler meint. Da die Studentenschaft für sich gesehen wieder Selbstverwaltungskörperschaft ist, kann sie von Rechts wegen nur die Aufgaben wahrnehmen, die ihr zur eigenverantwortlichen, sachgerechten Erledigung übertragen sind. Das allgemein-politische Mandat gehört nicht dazu.

Wegen der bestehenden Zweifel wäre es wünschenswert, wenn die BSZ die rechtlichen Probleme durch einen anderen Fachmann bearbeiten ließe; oder besser nochmals an Dr. Kübler herantritt und ihn bittet, die von ihm dargelegte Meinung mit noch besseren, juristischen Begründungen glaubhafter zu machen oder vielleicht zu revidieren. Bis dahin empfehle ich jedem an der Sache Interessierten den in JZ (Juristenzeitung) 1967, S. 242 ff. abgedruckten Aufsatz von Ingo Berner: Die Problematik des politischen Mandats der Studentenschaft.

Heiner Beckhof, cand. jur.

Selbstvertrauen gut, Selbstkontrolle besser

In einer Untersuchung über das Verhältnis, das zwischen den Studenten, die ihr Studium erfolgreich abschließen, und jenen besteht, die entweder in eine nichtwissenschaftliche Ausbildung überwechseln oder aber ihr Studium ganz aufgeben, hat das Institut für Bildungsforschung Berlin festgestellt, daß vier Kriterien als günstigste Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium bestehen:

1. Eine deutliche Vorstellung des Studenten von seinem Studienziel und dem späteren Beruf, 2. einen übersichtlichen Studiengang mit eingebauten Leistungskontrollen, 3. eine akademische Tradition im Elternhaus, die den Studenten schon vor Studienbeginn mit den Eigenarten des Studiums und des studentischen Lebens vertraut macht, sowie Stipendien, deren Verlängerung jeweils von einer bestimmten Leistung abhängen.

WELLAUER'S
PIPE TOBACCO
ENGLISH BLEND 3.50 DM
Gratisprobchen
PLANTA · TABAK · BERLIN 61

Bereitschaft in Israel

BONN. (dpa) — Eine größere Bereitschaft vieler Organisationen in Israel, zu Studienzwecken in die Bundesrepublik zu reisen, hat die Deutsch-Israelische Gesellschaft nach einer Studienreise durch Israel festgestellt. Eine Delegation der Gesellschaft unter Leitung der Bundestagsabgeordneten Ernst Benda (CDU) und Heinz Westphal (SPD) hatte u. a. mit dem israelischen Außenminister Abba Eban verhandelt. Ein Bericht der Gesellschaft stellte fest, daß die Zeit des „Einbahnverkehrs“ deutscher Studiengruppen nach Israel sich ihrem Ende zuneige.

Moby
NEU NUR 399,- a. W. NEU
Ihre neue Freundin von **Mobylette**
Führerscheinfrei · vollautomatisch · 27kg leicht
Probefahrt beim Fachhändler:
Henke
BOCHUM, KORTUMSTRASSE 117

Wer **ADLER** schreibt bei **ADLER** bleibt!
Miete - Mietverkauf

LOEWE
Adolf Loewe
Bochum
Kortumstraße 95
Ruf 62341

unabhängig?

„wir sind unabhängig!“ werden Ihnen jetzt viele erzählen wollen. unabhängige wirtschaftsstudenten. unabhängige jurastudenten. unabhängige korporierte. unabhängige erstsemester. unabhängige examinanden. jeder kocht sein kleines unabhängiges süppchen.

und die einen werden aufstehen und sagen, das ist falsch. und die anderen sagen, jenes hätte anders sein können. und überhaupt muß alles anders werden. einmal im jahr holt jeder sein unabhängiges argument hervor (und meistens das gleiche vom vorjahr).

wir behaupten aber: wer sich unabhängig wähnt, schießt sich selbst ins knie. der kommt nicht weit.

wir behaupten: zuerst muß man sich einmal zusammuntun. muß überlegen, was man zusammen tun kann.

die tatsachen liegen auf der straße: der staat vernachlässigt die bildungspolitik, das studium dauert zu lange, und kostet zu viel. die universität, auch wenn sie neu ist, päppelt alte zöpfe und kommt aus den alten kleidern nicht heraus. die studenten haben initiative und melden ansprüche an. was passiert? man läßt sie in akten verstauben oder fegt sie vom grünen tisch.

das sind die themen, über die gesprochen werden muß! privatgeschichten und angriffe gegen studenten, die sich einsetzen und ihre studienzeit opfern, ziehen nicht.

warum so ängstlich? was wir brauchen, ist sachverstand, ein konzept, ein programm, eine strategie, eine taktik. was wir brauchen, ist eine starke studentenschaft, die die summe ihrer energien nicht — unabhängig — verzettelt, sondern konzentriert. die streitbar ist. die selbstbewußt auftritt. die man respektiert.

die entwicklung der ruhr-universität beginnt erst jetzt, spannend zu werden. die studentenschaft hat ein entscheidendes wort mitzusprechen. die action bochumer studentenschaft hat sich zum ziel gesetzt, sie alle entschieden zu vertreten. im parlament, im vorstand, in der akademischen verwaltung und ihren gremien, bei der regierung und den politikern. deshalb achten sie auf dieses zeichen: ABS

wir sind interessierte studentinnen und studenten, aus allen abteilungen, manche von uns waren schon in der studentenschaftsarbeit in bochum oder anderswo engagiert, viele sind neu und wollen sich noch engagieren.

wir haben ein grundsatzprogramm und ein actionsprogramm (wir werden sie darüber laufend in flugblättern informieren — sofern nicht andere gruppen schon für uns propaganda treiben ...) ausgearbeitet. darin steht, was an der ruhr-universität geschehen muß. daran sind wir gebunden. und natürlich an das votum, das sie für uns abgeben!



... auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Oldtimer“ sogar recht. Jeden Menschen kann es ereignen. Eine Krankheit kann die DVV die hohen Kosten übernehmen. Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlen!

Kranksein ist teuer — wir helfen!

DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.G.
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Hohenstaufenring 62, Telefon 2 94 01
Bochum-Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Telefon 9 25 46-48 oder Studentenwerk Bochum e. V., dienstags 12.00 bis 14.00 Uhr

SCHAUSPIELHAUS BOCHUM
Hans Schalla
SCHAUSPIELHAUS DIE LASTERSCHULE
TOLLES GELD
NABUCCO (G)
ABRAXAS (G)
ORPHEUS IN DER UNTERWELT (G)
KAMMERSPIELE
DIE HEIMKEHR

SPIELPLAN für die Zeit vom 21. 6. bis 4. 7. 1967

21. (Mi.), 24. (Sa.), 25. (So.), 27. (Di.), 29. (Do.), 2. 7. (So.), 4. (Di.)
22. (Do.), 26. (Mo.), 30. (Fr.), 3. 7. (Mo.)
23. (Fr.)
28. (Mi.)
1. 7. (Sa.)
1. 7. (Sa.)

Beginn der Vorstellung: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben.
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.
Karten für Studierende 50% ermäßigt (außer bei Premieren). Jeweils 1 Stunde vor Beginn der Vorstellung an der Abendkasse erhältlich.

WESTFALENBANK
IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle Ruhr-Universität Lennershofstr. 70 Tel: 511315

Zweigstelle Bochum-Querenburg Overbergstr. 7 Tel: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Das „Honnefer Modell“ wird jedoch nur in unserer Zweigstelle Ruhr-Universität ausgezahlt.

WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Hustr. 21-25